

II-147 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 106 7J

A N F R A G E

1983 -07- 06

der Abgeordneten Steinbauer
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Finanzierung des Konferenzpalastes

1,36 Mio. Österreicherinnen und Österreicher haben sich im Rahmen des größten Volksbegehrens in der Geschichte Österreichs gegen den Bau eines zusätzlichen Konferenzpalastes bei der UNO-City ausgesprochen. Die Milliarden der Steuerzahler sollten für 12.000 neue Wohnungen eingesetzt und nicht für einen unnützen Konferenzpalast verschwendet werden.

Die sozialistische Alleinregierung unter Bundeskanzler Dr. Kreisky hat als Antwort auf dieses Volksbegehren mit dem Bau begonnen, noch ehe der Wille der Bürger im Parlament behandelt werden konnte.

Auf Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky hat dann die sozialistische Fraktion des Nationalrates den Wunsch der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, auf den Bau des Konferenzmonsters zu verzichten, abgelehnt.

Alle Versuche der Volkspartei, dem Willen der 1,36 Mio. Unterzeichner des Volksbegehrens zum Durchbruch zu verhelfen, scheiterten am "Nein" der Regierung Kreisky.

Nach den Nationalratswahlen am 24. April 1983 hat sich gezeigt, daß in der sozialistischen Koalitionsregierung große Unsicherheit über die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit des Konferenzpalastes entstanden ist.

-2-

Sogar in der Regierungserklärung rückt man indirekt von der Planung der Regierung Kreisky ab und spricht von einer Fertigstellung "in der kostengünstigsten Weise".

In der Regierungserklärung der Sozialistischen Koalitionsregierung findet sich zum Thema des Baus des Konferenzpalastes jedoch keinerlei Aussage über die Finanzierung dieses Monsterprojektes. Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Kreisky hat noch im März dieses Jahres eine "besonders günstige" Finanzierung des Baus des Österreichischen Konferenzpalastes durch arabische Finanzierungsgruppen angekündigt.

Gleichzeitig hatte der ehemalige Bundeskanzler Dr. Kreisky versprochen, daß "Vereinbarungen" mit den arabischen Geldgebern noch vor der Nationalratswahl unterschrieben würden.

Einer Meldung der "Wochenpresse" ist zu entnehmen, daß die Verhandlungen über die Finanzierung des Konferenzpalastes mit arabischen Geldern derzeit stockt, weil die arabischen Partner während des Ramadan nicht bereit sind, über Verträge zu verhandeln. Darüber hinaus hat auch der Finanzstadtrat der Gemeinde Wien in der Fragestunde des Gemeinderates am 10. Juni 1983 mitgeteilt, daß in bezug auf die Finanzierung des Konferenzpalastes durch arabische Partner bisher lediglich ein Entwurf vorliege und er nicht wisse, ob dieser Entwurf in der vorliegenden Form beschlossen werden wird. Dies vor allem deshalb, weil in der Zeit seit der Ausverhandlung der Vertragsentwürfe international auch einige Veränderungen im Zinsniveau vorgegangen sind.

-3-

In Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der ÖVP im Nationalrat am 16. Juni 1983, erklärte Bundeskanzler Dr. Sinowatz, daß für die "Vereinbarungen mit ausländischen Finanzierungseinrichtungen bereits entsprechende Absichtserklärungen vorliegen".

Angesichts der ungeklärten Finanzierung des Konferenzpalastes durch arabische und andere internationale Finanzierungsgruppen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Wurden, wie von Ex-Bundeskanzler Dr. Kreisky angekündigt, noch vor den Nationalratswahlen mit arabischen Finanzierungsgruppen "Vereinbarungen" unterschrieben?
2. Wenn ja, was ist der Inhalt dieser "Vereinbarungen"?
3. Wie ist der volle Wortlaut der "Absichtserklärungen", die laut Anfragebeantwortung vom 16. Juni 1983 durch Bundeskanzler Dr. Sinowatz, bereits vorliegen ?
4. Wenn noch keine Verträge unterzeichnet wurden, wann werden diese mit den arabischen und den anderen internationalen Finanzierungsgruppen unterschrieben?
5. Wie wird der voraussichtliche Inhalt dieser Verträge aussehen?